

## Demographie und Demokratie

### – Vortragsmanuskript –

#### I.

Wo je Demokratie (oder ihre auf die gesellschaftlichen Eliten beschränkte Form des Republikanismus) entstand, dort zeigten sich folgende Empfindungen:

- Wir sind eine politische Gemeinschaft, und zwar nicht nur faktisch, sondern auch, weil wir es so auch wollen („Gesinnungsnation“) – gleich ob wir Athens Polis, Roms Republik sind, oder eine freie Stadt wie Florenz, Venedig oder Hamburg
- Wir wohnen nicht einfach zufällig auf dem gleichen Territorium und müssen *deshalb* gemeinsame Regeln des Zusammenlebens haben, sondern wir teilen eine gemeinsame *Kultur*, die wir für wertvoll halten und auch künftig erhalten wollen: wir als Römer, Venezianer oder Hamburger!
- Wir sind nicht einfach nur unterschiedliche Leute, sondern wir haben etwas gemeinsam, was uns von anderen unterscheidet und *zu einem Volk macht* (uns als Athener gegenüber Spartanern oder gar den Makedonen; oder uns als „the people of the USA“ im Unterschied zu den Untertanen des englischen, französischen oder preußischen Königs); und als solches Volk stehen wir nicht über oder unter anderen Völkern steht, sondern in deren Mitte, und das auf Dauer.
- Und weil politische Gemeinschaft, gemeinsame Kultur und Streben nach Fortführung des Bewährt-Überkommenen alle verbindet, ist es eine gute Idee, alle – die dazugehören wollen und können – an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen: alle attischen Männer mit Bürgerrecht, alle Florentiner der das Gemeinwesen tragenden Familien – oder alle Deutschen.

Entlang solcher Empfindungswelten und Denkfiguren entsteht Republikanismus als „gemeinsame Sorge um die res publica“ sowie Demokratie als politische Ausdrucksform der Nation. Von daher ist auch klar, wie der (auch bevölkerungsmäßig im 19. Jh. expandierende) Nationalstaat mit Demokratie zusammenhängt.

Vor Hintergrund *dieser* politisch-kulturellen Selbstverständlichkeiten in der Geschichte der europäischen bzw. von europäischen Ursprüngen geprägten Demokratie ist es schon etwas

Erstaunliches und neue Probleme Schaffendes, wenn sich folgende Dinge ereignen oder eintreten:

- Beträchtliche Teile eines Volks und zumal seiner Eliten erachten die sie bisher zusammenhaltende Kultur als nebensächlich, als durch mancherlei Missbräuche entwertet und – gerade aufgrund wachen geschichtlichen Bewusstseins – als letztlich peinlich und deshalb überwindenswert. Das ist ohne Zweifel – nach den Traumata von I. und II. Weltkrieg sowie des Holocaust – jahrzehntelang in Deutschland so gewesen. Dann freilich liegen einige Anschlussgedanken und Anschlusspraxen nahe:
  - Wie weit soll man überhaupt an seiner Kultur festhalten? Wäre es nicht viel besser, sie zu ergänzen, zu erweitern und zu relativieren durch Einfügung möglichst vieler und schöner Elemente anderer Kulturen, so dass man innerhalb einer „multikulturellen Gesellschaft“ dann nach Goethes berühmter Maxime leben kann: „Und was der ganzen Menschheit zugeteilt / will ich in meinem Innern selbst genießen!“
  - Wie wichtig ist es dann überhaupt, sein Volk *auf Dauer* zu stellen, etwa durch eine Bevölkerungspolitik, die auf biologische Reproduktion oder auf allenfalls gemächliches Schrumpfen ausgeht, oder durch eine Integrationspolitik, welche die Stiftung kultureller Gemeinsamkeit zum Ziel hat – wonach italienische oder irische Amerikaner in erster Linie Amerikaner und erst in zweiter Linie eben auch Italiener oder Iren sind; oder wonach man in unserem Land viel lieber „türkische Deutsche“ als „deutsche Türken“ sieht?
- Gerade die Eliten eines Volks verstehen dessen Eigentümlichkeiten weniger als Teilhabe an einer gemeinsamen *Kultur* (wenn auch gewiss einer vielschichtigen und aus verschiedenen Wurzeln entstandenen) denn nur noch als Befolgen gemeinsamer *Rechtsregeln*, was im Alltag durch Sprechen einer *gemeinsamen Sprache* (letztlich: egal welcher) erleichtert wird. Genau das ist die Grundhaltung vieler sich liberal, fortschrittlich und links verstehender Deutscher hinsichtlich des für unser Land wünschenswerten Patriotismus und der anzustrebenden Integrationspolitik: Nichts Weiteres könne man an gemeinsamer Kultur in Deutschland verbindlich machen als die deutsche Umgangssprache und die deutsche Verfassung. Freilich fragt man sich dann, ob es wohl keine deutsche Kultur gegeben habe, bevor das Grundgesetz in Kraft trat (1949 im Westen, 1990 im Osten), oder ob diese seither ganz wertlos geworden sei. Das nach Art sich als fortschrittlich verstehender Eliten und Mitbürger zu sehen, legt wiederum besondere Anschlussgedanken und Anschlusspraxen nahe:

- Wenn uns nicht mehr zu verbinden braucht als das deutsche Grundgesetz und die je nach Bevölkerungsmehrheit gemeinsame Sprache, dann ist es doch ganz egal, *wer* auf einem Territorium zusammenlebt – solange man sich nur untereinander verständigen kann und an gemeinsame Spielregeln hält. Schrumpfen des einen Bevölkerungsteils ist dann überhaupt kein Problem, solange ein anderer nur wächst und jene Lücken füllt, die der schrumpfende hinterlässt.
- Und eigentlich ist das Leben ohnehin umso schöner, je *mehr* unterschiedliche Kulturen und sie tragende Gruppen von Menschen auf diesem Territorium zusammenleben. Also soll es eine Art „Leitkultur“ dann gerade nicht geben und ist Einwanderung grundsätzlich zu begrüßen („Lasst uns mit diesen Deutschen nicht allein!“). Hingegen ist eine Assimilation der Einwandernden an die bisherige Mehrheitsbevölkerung und deren Kultur gerade nicht wünschenswert, ja vielleicht sogar „ein Verbrechen“, wie – eben in Deutschland – der türkische Ministerpräsident formulierte.

Dafür, sich als Teilhaber eines *Gemeinwesens*, als Bürger einer im Wortsinn „politischen“ Gemeinschaft zu verstehen, und gerade nicht als „Kunde“ eines sozialtechnologischen Institutionengefüges, ist nun aber die Grundlage ein *kulturelles Zusammengehörigkeitsgefühl* ebenso wie die Empfindung, man selbst stehe im das eigene Leben übergreifenden Generationenzusammenhang eines bestimmten Volks, und zwar eines Volks, das sich gerade dann über eine gemeinsame Kultur definiert, wenn gemeinsame Abstammung nachrangig ist. Gerade ein solches Gefühl aber besteht in Deutschland vielfach nicht, und um so weniger, je mehr in den Bereich der sich fortschrittlich und „links“ verstehenden Mitbürger hineingeht. Eben das aber schafft für den *in Deutschland* bestehenden Zusammenhang von „Demographie“ und „Demokratie“ sehr *besondere*, ja sehr schwierige Rahmen- und Handlungsbedingungen. Sie darf man nicht ignorieren, wenn man wirklich verstehen will, wie man unserem demographischen Problem mit den Mitteln der Demokratie beikommen kann.

## II.

Ist es eigentlich schlimm, wenn einer Demokratie zwar nicht die Demokraten, sehr wohl aber die Bürger ausgehen? Natürlich lässt sich ohne eine Mindestanzahl von Leuten kein Staat machen, und somit auch kein demokratischer. Von diesem trivialen Sachverhalt sind wir in

Deutschland aber trotz aller zunehmenden Unterjüngung einer obendrein abnehmenden Bevölkerung „ohne fremdkulturellen Migrationshintergrund“ noch weit entfernt.

Also reformulieren wir die Frage: *Ist es eigentlich schlimm, wenn in einem demokratischen Land die Bevölkerungszahl abnimmt?* Und schließen wir dem die Frage an: *Ist es eigentlich schlimm, wenn sich in einem demokratischen Land die Zusammensetzung der Bevölkerung umstrukturiert?* In den Antworten auf beide Fragen werden wir sowohl die Dramatik unserer Lage als auch realistische Ansätze zur Problemlösung erkennen.

### III.

Weil funktionierende Demokratien auch nach der „dritten Welle“ der Demokratisierung nicht die Mehrheit der Weltbevölkerung umfassen, ist es *für einen Demokraten* natürlich schade, wenn die Zahl derer abnimmt, die den Reiz von Demokratie aus eigenem Erleben kennen und einige demokratische Staaten als Leuchttürme einer ganz besonderen – und eben nicht universalen – politischen Tradition tragen. Nun braucht man dazu vielleicht gar nicht die Deutschen; es reicht, wenn *anderswo* viele Demokraten leben. Und manchem wird eine bevölkerungsmäßige Marginalisierung von Demokratie ohnehin nicht stören – wie etwa unsere chinesischen Partner.

Zum Problem für Demokratien wird also viel weniger die Bevölkerungszahl als vielmehr deren Schrumpfen, und zwar genau dann, wenn es sehr rasch erfolgt – und obendrein *irreversibel ab dem Zeitpunkt, zu dem man angefangen hat zu glauben, da wäre wirklich ein Problem*. Folgendes sind die hier wirkenden Zusammenhänge:

- Demokratien bezogen – so die historische Erfahrung – ihre Fähigkeit, Konflikte auszuhalten und gerade Verteilungskonflikte auch friedlich zu lösen, ganz wesentlich aus zwei Elementen:
  - aus einer ob der Zukunft optimistischen Grundhaltung. Hingegen führten gesellschaftliche Ängste in den Demokratien der Zwischenkriegszeit recht umstandslos in die Polarisierung zwischen Kommunismus und Faschismen, letztlich in Bürgerkrieg und / oder Diktatur.
  - aus zunehmendem gesellschaftlichen Reichtum, der sich verteilen ließ. Im demokratischen Athen war das einfache Volk denn auch die Kriegstreiberpartei – während die Aristokraten bremsten: Sie hatten unter den Bedingungen von Athens direkter Demokratie mehr zu verlieren als zu gewinnen.

Es ist nun aber vermutlich so, dass eine schrumpfende Bevölkerung in Verbindung mit dem Rückbau von Infrastruktur und mancherlei individuellen Sorgen ob der eigenen Altersversorgung aus sich heraus *wenig Optimismus* erzeugt. Vermutlich werden ebenso in einer aufgrund des Bevölkerungsrückgangs – abseits der global agierenden Unternehmen und ihrer Zulieferer – auch schrumpfenden Wirtschaft die *finanziellen Mittel zur Dämpfung von Verteilungskonflikten ebenfalls zurückgehen*. An dieser Stelle werden quantitative Entwicklungen durchaus zu einem qualitativen Problem für die innere Bestandskraft einer Demokratie. Beides fängt jetzt schon an, die Lage unserer deutschen Demokratie zu prägen.

- Insbesondere entstehen Zerrkräfte am demokratischen System in Wohlfahrtsstaaten wie dem unseren, in welchem – zumal in Ostdeutschland – ein großer Teil der Bevölkerung nur eine solche politische Ordnung für wünschenswert, ja legitim erachtet, welche soziale Sicherheit und ein gewisses Maß an sozialer Gerechtigkeit verwirklicht. Eine Demokratie mit solchermaßen sozialstaatlich akzentuierter Legitimität wird deshalb in ernsthafte Probleme geraten, wenn ...
  - die Zahl derer immer weiter steigt, die der Fürsorge des Wohlfahrtsstaates bedürfen,
  - und die Zahl derer schrumpft, die für die weiterhin erforderliche Güterproduktion und zumal die zunehmenden Dienstleistungen zur Verfügung stehen
  - und wenn zugleich die staatlichen Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben, aus denen man soziale Sicherheit finanziert, aufgrund des Bevölkerungsrückgangs schrumpfen.

Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass in einer unterjüngten Demokratie jene das Übergewicht bei *Wahlen* haben, die von den Jüngeren Leistungen erwarten (und sie ihnen auch per Gesetz auferlegen können), welche in einer strukturellen und auf absehbare Zeit nicht aufzubrechenden Minderheitensituation sind. Für die Letzteren erleidet dann allein schon die Idee der Mehrheitsherrschaft Plausibilitäts- und Legitimitätseinbußen. Das lässt Demokratie erodieren. Einmal gestört, lässt sie sich aber nicht leicht wieder reparieren. Und tatsächlich ist es zum ersten Mal, dass Demokratien mit dem Problem konfrontiert werden, dass die Mehrheit der Wähler sich *nicht* in der aktiven Lebensphase befindet.

- Nicht zuletzt leidet auch der Glaube an die Vernünftigkeit der Prinzipien und Spielregeln pluralistischer Demokratie, wenn sie langfristig und objektiv erkennbare gesellschaftliche Krisen wie die – mitten in Friedens- und Wohlstandszeiten sich entwickelnde! – Unterjüngung einer freiheitlichen Gesellschaft nicht abwenden kann. „Vielleicht ist sie eben doch nur ein zeitweise lebensfähiges Sondermodell politischer Ordnung in Ausnahmephasen!“ – was die meisten chinesischen Intellektuellen und Politiker denn auch genau so unterschreiben würden.

#### IV.

Im Prinzip – freilich weniger in der Praxis, und zwar aus quantitativen Gründen – lassen sich derlei Schrumpfungs- und Unterjüngungsprobleme gewiss durch Zuwanderung in den Griff bekommen. *Ist es also schlimm, wenn sich in einem demokratischen Land die Zusammensetzung der Bevölkerung umstrukturiert?*

Die Antwort ist ein klares Nein – aber nur, *wenn* zugleich Folgendes gegeben ist bzw. erreicht werden kann:

- Die zuwandernde Bevölkerung füllt einfach die in einer schrumpfenden Gesellschaft sich auftuenden Lücken: durch zuwandernde Facharbeiter, Ingenieure, Ärzte, Lehrer – und, wie in der römischen Kaiserzeit, durch zuwandernde und Ordnungshüter. Was für die Romanen freilich nicht dauerhaft vorteilhaft war ...
- Vorbedingungen *dafür*:
  - Einwanderungspolitik, die sich an den Interessen der aufnehmenden Gesellschaft und nur randständig an humanitären Gesichtspunkten orientiert (wie etwa dem Familiennachzug, der in Deutschland die Masse der Einwanderung nach Ende des Anwerbestopps von Gastarbeitern bewirkte). Das heißt: Es darf zumal keine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme erfolgen, sondern in jene Wirtschaftssektoren, die an Arbeitskräftemangel leiden.
  - Einwanderungssteuerung so, dass sie vorwiegend aus kulturell ähnlichen Gesellschaften erfolgt (im deutschen Fall: ab nächstes Jahr aus Polen, Tschechien, Ungarn ...), so dass keine sonderlichen Integrationsprobleme hinsichtlich kultureller Tiefenschichten des Politischen entstehen (z.B. Religion, Rolle der Frau, Wert von Aufklärung und Bildung)

- Integrationspolitik, die auf *Assimilierung für alle praktischen Zwecke* angelegt ist. Das Integrationsziel sind dann nicht „deutsche Türken“, sondern „türkische Deutsche“. Und weil Deutschland immer schon sehr vielgestaltig und landsmannschaftlich geprägt war, macht es gar nichts, wenn sich den mannigfach unterschiedlichen Bayern und Hanseaten nun auch noch italienische, vietnamesische und türkische Deutsche mit starken Bindungen an ihre „Regionalkultur“ zugesellen.

Es ist nun aber leicht zu sehen, dass bis in die jüngste Zeit so gut wie *keine* dieser Vorbedingungen im Fall Deutschlands gegeben ist. Weil Einwanderungs- und Integrationsfragen in Deutschland in erster Linie als weltanschauliche Fragen und erst in dritter Linie als pragmatische Probleme behandelt werden, ist nicht einmal abzusehen, dass ebenso schnell eine Umsteuerung auf eine Einwanderungspolitik unproblematischer Art erfolgt, wie sich die aus unserer schrumpfenden und sich unterjüngenden Gesellschaft entstehenden Probleme für Wirtschaft und Gesellschaft vergrößern.

Im deutschen Fall zieht es deshalb Probleme nach sich, dass sich längst schon die Zusammensetzung unserer Gesellschaft umzustrukturieren begonnen hat – und wir recht ungewappnet dafür sind, mit den Folgen zurechtzukommen.

## V.

Es ist nicht allerdings nicht die Umstrukturierung der Gesellschaft selbst ein Problem. Diese kann sogar vorteilhaft sein:

- Besiedelung Sachsens im Hochmittelalter durch Zuwanderer aus Thüringen und Franken in die Mark Meißen, im 12. Jh. beim „ersten Berggeschrey“ (Freiberg) aus dem Harz, im späten 15. Jh. beim zweiten, „Großen Berggeschrey“ (Schneeberg, Annaberg-Buchholz) – und seit 1990 wiederum Zustrom von vieler „Westdeutscher“, darunter auch nicht wenige Leistungsträger. Von alledem profitierte Sachsen.
- 19. Jh.: Immigration von Polen aus den östlichen Teilen Preußens ins Ruhrgebiet, was dort Bergbau und die Schwerindustrie zur Blüte brachte
- Nach 1945: Integration von Millionen von Flüchtlingen und Heimatvertrieben, die sich integrieren mussten und dabei die Sozialstrukturen etwa Bayerns oder Schleswig-Holsteins aufbrachen und – zum Vorteil dieser Länder – modernisierten.
- Hingegen problematische Bilanz: „Gastarbeiterzustrom“ im Westen zwischen den ersten und letzten Gastarbeiterabkommen 1955 (mit Italien) und 1968 (mit

Jugoslawien; Türkei: 1961), sowie bis zum Anwerbestopp von 1973 (Ölpreiskrise). Denn es gab keine auf Dauer beabsichtigte Integration, ebenso wenig bei den inzwischen nach Hunderttausenden zählenden Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen. Immerhin waren die „Gastarbeiter“ über den Arbeitsprozess integriert, während dergleichen den Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen vorenthalten wurde.

- Obendrein gab es einen höchst angenehmen Nebeneffekt: Im Westen blüht seit den 1960er und 1970er Jahre ethnische Gastronomie auf, nämlich durch zuwandernde Italiener, Griechen, Kroaten und Serben, Türken, Vietnamesen und Chinesen, und bereichert die deutsche Alltagskultur wesentlich.

Allerdings war stets eine von zwei Bedingungen gegeben:

- Zuwanderung erfolgte in Phase des Aufschwungs, und zwar als dessen Teil: Bergeschrey, Ruhrpott, Gastarbeiter. Das erlaubte es, *in den ersten beiden* Fällen die Zuwanderer dauerhaft zu integrieren – während gerade daran im *letzteren* Fall gar nicht gedacht war und sich somit auch keine schlüssige Zuwanderungs- und Integrationspolitik mehr ergab.
- Zuwanderung erfolgte als Teil einer unabwendbaren Notsituation – und seitens von Leuten, die unzweifelhaft die deutsche Kultur teilten: Lage nach 1945.

Obendrein handelte es sich *nie* um Zuwanderung hinein in eine schrumpfende Gesellschaft, die zugleich ihres Selbstbehauptungswillens unsicher Gesellschaft war. Das schuf jeweils ganz andere Rahmenbedingungen, als sie heute bestehen.

## VI.

Eben diese anderen Rahmenbedingungen erzeugen nun etliche Probleme für die deutsche Demokratie.

Die bisherige Einwanderung seit den 1960er Jahren ...

- war eine ohne Integrationsanspruch („Gastarbeiter“) bzw. ohne Eigennutz (Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge ... und deren weitere Aufenthaltsgestattung)
- erfolgte vielfach in die Sozialsysteme – nicht zuletzt auch wegen eines Arbeitsverbots etwa für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge zum Schutz des deutschen Arbeitsmarkts

- endete in einer Wirtschaftskrise mit seither nicht vergangener Massenarbeitslosigkeit („Zuwanderer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“)
- war begleitet vom zunehmenden Verzicht vieler Deutscher darauf, selbst Kinder zu bekommen:
  - Zusammentreffen der leichten Verfügbarkeit wirkungsvoller Verhütungsmittel mit der sexuellen Revolution, die gerade den folgenlosen Sex propagierte
  - Schwinden des Leitbilds einer Mutterrolle für Frauen – hin zur ganz selbstverständlichen Eigen- und Fremderwartung, dass eine Frau nicht nur gut ausgebildet, sondern auch berufstätig ist
  - Schwinden des Leitbilds lebenslanger Partnerschaft, mit der Folge, dass Kinder zu Risiken einer unabhängigen Fortsetzung der eigenen Biographie werden
  - Ausrichtung des Preisgefüges auf kinderlose Doppelverdiener (DINKs), so dass Kinder zum Armutsrisiko werden
  - Wahrnehmung angesichts der geburtenstarken Jahrgänge, dass nicht zu wenige, sondern zu viele Kinder / Heranwachsende das zentrale Problem wären (= fehlender Sinn für langfristige Entwicklungen)
  - Kokettieren mit „no future“ in den späten 1970er, frühen 1980er Jahren: ohnehin keine Zukunft wegen Atomkrieg und unabwendbaren ökologischen Katastrophen (z.B. Waldsterben)
  - Empfindung von der Wertlosigkeit des deutschen Volkes und seiner Kultur, deren Weitergabe kein wichtiges, ja vielleicht auch kein sinnvolles Vorhaben sei.
- vollzog sich, ohne dass es in Deutschland je eine Grundsatzdiskussion über sie, ihr Ziel und ihre Mittel gegeben hätte – und schon gar nicht angesichts der Geburtenentwicklung bei der ansässigen Bevölkerung. Dieses Thema wurde der ansässigen Bevölkerung von der politischen Klasse vielmehr *entwunden*:
  - Union: Wir sind kein Einwanderungsland, folglich brauchen wir darüber auch nicht zu diskutieren!
  - Linke: Wir sind doch faktisch ein Einwanderungsland, und das sollen die Leute einfach akzeptieren und nicht darüber lamentieren – und erst recht nicht, weil uns doch die entstandene Multikulturalität bereichert und hinter ihrer Abwehr faktisch bloß Chauvinismus und Rassismus lungern!
  - Seit rotgrüner Koalition und Kurskorrektur der Union: „Jetzt ist ohnehin nichts mehr zu machen; wir müssen auf den eingeschlagenen Pfaden vorangehen!“

- ... und wenn das Volk die Einwanderungs- und Integrationspolitik quasi-plebiszitär zum Thema macht, dann benimmt es sich schlecht und wird vom größten Teil der politischen Klasse und Öffentlichkeit mit Vorwürfen überzogen – statt dass man seine Sorgen ernstnimmt: Ende 1980er/frühe 1990er Jahre beim Wählen der Republikaner (oder anderer xenophober Parteien), und 1999 wegen der Wahl der hessischen CDU nach einem um das rot-grüne Staatsbürgerschaftsrecht gelagerten Wahlkampf.

## VII.

Folge all dessen ist: Die Themen Demokratie und Demographie (d.h. Schrumpfen der Bevölkerung *samt* Zuwanderung) sind in Deutschlands aufs engste miteinander verknüpft, und obendrein in sehr unerfreulicher Weise – ja sogar in die Demokratie wenig respektierender Weise:

- Tabus politischer Korrektheit schlossen lange Zeit die Erörterung der faktischen Zuwanderungspolitik vom legitimierenden öffentlichen Diskurs aus; mit Sarrazin-Debatte vielleicht als abschließendem „Kipp-Punkt“
- Alle Gedanken an eine aktive Bevölkerungspolitik wurden ebenso durch Tabus politischer Korrektheit unterbunden: in den späten 1970er Jahren – als die jetzige Unterjüngung sich abzuzeichnen anfang – durch „Gegenaufklärung“ unter Regie des Kanzleramtes; grundsätzlich durch Rekurse auf Nazi-Bevölkerungspolitik und Mutterkreuz; sowie durch Herabsetzung der weiblichen Rolle als Mutter sowie von Familien als Stätten der Reproduktion eines Volkes.

Die Ressentiments gegen Zuwanderungspolitik, Zuwanderungspolitiker und – leider – auch Zuwanderer, die angesichts eines so verblendet und eskapistisch vermiedenen Nicht-Führens einer Zuwanderungs- und Integrationsdebatte entstanden sind, prägen leider durchgehend jene politisch-kulturelle Situation, in der sich *nun* unserer Demokratie *unausweichlich* das Thema „Demographie“ stellt, also die politische Behandlung der Themen „Unterjüngung/Schrumpfung“ & „Zuwanderung/Integration“.

## VIII.

Worin bestehen die zu lösenden bzw. zu akzeptierenden und auszuhaltenden Probleme ganz konkret, und welche Chancen bestehen auf ihre Lösung anhand des Instrumentariums der unserer Demokratie?

- *faktische Nicht-Vereinbarkeit höher qualifizierter weiblicher Berufstätigkeit mit Fortpflanzung in vergleichsweise jungen Jahren. Karrierestrukturen bzw. Wirtschaftsstruktur und demographische Erfordernisse widersprechen einander einfach. Das wird hinsichtlich von Entwicklungsländern zum Vollzug des „demographischen Übergangs“ sogar gewünscht, hat in den europäischen Industriegesellschaften aber überschießende Folgen. Zu ihnen gehören auch schichtspezifische Reproduktionsungleichgewichte. Weil dieses Thema zu den Tabus politischer Korrektheit gehört, wird es noch lange nicht Bestandteil des politischen Willensbildungsdiskurses sein können. Demokratie wird zur Lösung dieses Problems also keinen Beitrag leisten.*
- *Fehlen eines positiven Familienbildes dergestalt, dass man lebenslängliche Partnerschaft und Kinder eben nicht nur „billigend in Kauf nimmt“, falls die Umstände gerade passen, sondern auch biographische, emotionale und finanzielle Kosten zu tragen bereit ist, um gemäß diesem Leitbild zu leben. Statt dessen: Aus dem „Ist“ des Zerfallens verlässlicher Familien hin zu lose verkoppelten Single-Gesellschaften mit zeitweise zusammenhaltenden Patchwork-Familien wird als „Soll“ gefordert, diesem Wandel dürfe sich der Staat auch gar nicht in den Weg stellen. Merkwürdig, wird doch sonst ein Schluss vom Ist aufs Sollen abgelehnt ... Bei diesem Thema haben inzwischen auch die bisherigen Vertreter des „alten Familienbildes“ weitgehend aufgegeben, da dessen Verteidigung an den Wahlurnen wenig brachte. Nur falls Wählerinitiativen hier relevante Stimmenpakete mobilisieren könnten, würde mit demokratischen Mitteln der Erosion gerade jener Strukturen entgegengewirkt werden können, die unser demographisches Problem irgendwann mildern könnten.*
- *Reformnotwendigkeiten bei den sozialen Sicherungssystemen, beim Rentensystem und im Steuersystem, um angesichts der grundlegenden Umschichtung unserer Gesellschaft aufrechterhaltbar und halbwegs leistungsfähig zu bleiben. Hier hat die Bevölkerung großenteils die Veränderungsnotwendigkeiten verstanden, so dass vorausschauendes Regieren und Gesetzesnovellieren möglich ist, doch geschickter*

*massenmedialer Flankierung und taktisch kluger Berücksichtigung linker Positionen bedarf, v.a. um mit Fragen sozialer Gerechtigkeit klug umzugehen. **Obendrein werden sich die hier erforderlichen Reformen angesichts einer einsichtsfähigen Bevölkerung mit plebiszitären Instrumenten leichter durchsetzen lassen als durch Insider-Geschäfte einer politischen Klasse, für die es rational – da risikoloser – ist, Wahlkämpfe mit konservativen Positionen zu führen: „Eigentlich braucht sich nichts zu ändern!“***

- Es verändert sich unsere Siedlungsstruktur durch das Schrumpfen der Bevölkerung aufgrund dauerhaft zu geringer Kinderzahlen. Zumal der verstädterte Siedlungsraum zwischen Großstadt und ländlicher Region wird sich entleeren – mit großen Folgen für die dann noch aufrechterhaltbare Infrastruktur. Folgen sind: *Rückbaunotwendigkeiten* von mancherlei Infrastruktur, etwa Schulnetze und öffentliche Verwaltung, doch auch bei öffentlichen Wegenetzen; *Umbaunotwendigkeiten* in anderen Infrastrukturbereichen, etwa beim ÖPNV und bei den Siedlungsstrukturen / Wohnungsformen / Formen der Betreuung von Alten oder der Durchführung staatlicher Verwaltung („regional statt sektoral“); *Aufbaunotwendigkeiten* bei der altersversorgenden und pflegerischen Infrastruktur – was ohne Zuwanderung nicht gelingen wird. *Hier lässt sich durch vorausschauendes Regieren und umsichtige Gesetzesnovellierung bei geschickter massenmedialer Flankierung auch ohne Einbußen demokratischer Legitimität vieles erreichen, weil die Bevölkerung vielerlei Veränderungsnotwendigkeiten versteht. **Auch derlei Reformen lassen sich um so besser verwirklichen, je mehr die Bürger durch Entscheidungsverantwortung auf kommunaler Ebene, wirkungsvolle Partizipationsmöglichkeiten und plebiszitäre Instrumente an entsprechender Willensbildung und Entscheidungsfindung beteiligt werden.***
- Reagieren auf Anschlussprobleme in Form von Binnenwanderung: Wegzug von gerade jungen Leuten aus sich entleerenden Räumen, oder von deutscher Bevölkerung aus sich ethnisch werdenden Stadtteilen / Regionen, was alles den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen der bisher Ansässigen in die eigene Zukunft gefährdet. *Hier sind fundamentale Alltagserfahrungen der Bevölkerung betroffen, desgleichen die Quellen konkreter Zuversicht. In den Augen der Bevölkerung geht es hier einesteils um die grundsätzliche Leistungsfähigkeit des Systems (in Ostdeutschland v.a. bei der Stabilisierung der Bevölkerungs- und Sozialstruktur), andernteils um das Vertrauen darauf, dass unsere politische Klasse sich wirklich dem*

*deutschen Volk verpflichtet fühlt (etwa mit der Durchsetzung von Deutsch als Alltagssprache und deutscher Kultur als Leitkultur). Dieses Problem berührt also Grundfragen demokratischen Legitimitätsglaubens.*

- regionalpolitische Spannungen, in Sachsen etwa: zwischen der sich entleerenden Oberlausitz und den wachsenden drei großen Städten. Das ist ein Problem taktisch kluger Verteilungspolitik und diplomatisch klugen Umgangs mit der kommunalen Ebene. *Bei seiner Lösung könnte mehr direkte Bürgerbeteiligung helfen, etwa Planungszellenverfahren beim Finden innovativer Lösungen für „Ausdünnungsprobleme“ mannigfaltiger Art.*
- Verändertes Wahlverhalten: Aufgreifen der Probleme mit Demographie und Zuwanderung/Integration durch Protestparteien; Veränderung der halbwegs verlässlichen Wählerreservoirs der Parteien in einer kollektiv alternden Bevölkerung; und speziell im Osten: Die „Frustrierten der Wende“ werden wegen Wegzug der aktiven Jungen zur „relativen Mehrheit“ der Wählerschaft – und zum Schwungrad rechter wie linker Protestparteien. Aber: Das sind letztlich eben doch normale Probleme des Ringens um politische Macht auf der Grundlage vorab zu leistender Überzeugungsarbeit. *Es wäre nützlich, wenn linke Parteien die Union nicht dabei hinderten, bei allen hier einschlägigen Anliegen die Stimmen möglicher rechtsradikaler Protestwähler auf sich zu ziehen – statt dass das Parteienspektrum sich am rechten Rand auffächert. Freilich läuft das aus Sicht der Linken darauf hinaus, dass der Union (vielfach samt FDP) stets zwei linke Parteien gegenüberstehen (bzw. drei mit den Grünen als zeitweise „unsicheren Kantonisten“), was die politischen Spielräume jeder einzelnen linken Partei beschränkt und ihnen im Verbund wenig kohärente Mehrheiten beschert, deren Regierungszeit rasch ein heftiger Absturz folgen dürfte.*
- *Einbußen an intellektueller und technischer Kreativität in einer sich unterjüngenden Gesellschaft, Schrumpfen von technischem und wirtschaftlichen Wagemut – was alles die Grundlagen unseres vom Export konkurrenzfähiger Güter abhängenden Wohlstands gefährdet. Hier geht es einesteils um die Förderung im Land vorhandener technischer und intellektueller Begabungen, also um die Ausschöpfung des Bildungsreservoirs und um die Heranbildung tüchtiger Eliten. Andernteils geht es hier um die Zuwanderung und Integration von Eliten. Beides sind weltanschaulich hochgradig umstrittene Themen, die aber nicht tabubewehrt sind und sich deshalb gut zum pluralistischen Streit und für Wahlkämpfe eignen. Ausgehend von diesem*

*Problemfeld stehen die Chancen gut, demokratische Akzeptanz für solche Lösungen unseres Demographieproblems zu finden, die einesteils in einer stärkeren Leistungsorientierung unserer Gesellschaft und andernteils in der Akzeptanz von Leistungsträgerzuwanderung münden.*

- *Bislang unzulängliche Integration der schon hier lebenden Zuwanderer. Hier die Dinge zum Besseren zu wenden, verlangt (1) nach einem Verzicht auf weiteres Treibenlassen der Dinge, (2) nach dem Willen, eine deutschen Leitkultur durchzusetzen – und (3), als anderer Seite dieser Medaille, nach aufrichtiger Offenheit für alle, die wirklich Deutsche werden wollen und ihrer ursprünglichen Heimat in der Türkei oder dem Iran dann etwa in der Weise verbunden bleiben, wie Sachsen und Bayern zwar immer und gerne Sachsen und Bayern sind, doch ganz ohne Widerspruch dazu auch voll und ganz Deutsche. Weil diese ganze Thematik durch jahrelanges Beschweigen und mancherlei Tabus regelrecht vergiftet ist, die deutschen Eliten selbst hier ganz unterschiedliche Ziele verfolgen und die meisten Problemlösungsvorschläge hier hochgradig ideologisiert sind, wird es schwer sein, derlei in Wahlkämpfen zu thematisieren und der bislang eher schweigenden Mehrheit auf diese Weise ihren Willen durchzusetzen. Nachdem aber – etwa über die Islamkonferenz und mancherlei Neuansätze an den Schulen – das Thema inzwischen gesetzt ist, kann man sich mit einiger Aussicht auf Erfolg inzwischen um kommunikative Führung und massenmediale Flankierung bemühen.*

## IX.

Was kann konkret getan werden, um unsere demographischen Probleme sowie deren Anschlussprobleme in den Griff zu bekommen – und zwar gerade mit den Mitteln der Demokratie?

- *Einführung von Stimmen für noch nicht wahlberechtigte Kinder. Diese sollten in – im Einzelnen zu regelnder Weise – von den/dem Erziehungsberechtigten abgegeben werden. Zwei hilfreiche Folgen sind zu erwarten:*
  - *Dem rein quantitativen Übergewicht der nicht mehr im Arbeitsprozess befindlichen Wähler wird entgegengewirkt.*
  - *Die politischen Parteien müssen vermehrt um Unterstützung seitens von Erwachsenen mit Kindern werben. Das dürfte dazu führen, dass deren Interessen stärkere Berücksichtigung in der Politik finden und sich allgemein*

die Rahmenbedingungen für eine Stabilisierung der landsässigen Bevölkerung verbessern. Am Ende könnte sich zumindest auf der Geburtenebene (und zwanzig Jahre später auch im Erwerbsleben) eine Lösung unseres Demographieproblems abzeichnen.

- *Es braucht weiterhin eine „proaktive Familienpolitik“, also bevölkerungspolitische Maßnahmen*, zumal sich die Fortpflanzungsraten der Zuwanderer im Generationenwechsel sowie mit zunehmender Integration jener der ansässigen Deutschen angleichen werden. Das verlangt ...
  - nach Fortsetzung jener Politik, welche weibliche Berufstätigkeit und die Mutterrolle *möglichst* gut vereinbar macht, desgleichen die Beteiligung von Vätern am Umsorgen der Kinder – und obendrein Maßnahmen, die einer Verfestigung schichtspezifischer Fortpflanzungsmuster entgegenwirken
  - nach dem Hinwirken auf kulturelle Veränderungen dergestalt, dass lebenslange heterosexuelle Partnerschaften und mindestens zwei in jungen Jahren zur Welt gebrachte Kindern eines Tages wieder als erstrebenswerte Norm gelten.
- *Es wird sich die Rolle der Älteren tiefgreifend zu verändern haben*, wofür Politik allein die Rahmenbedingungen schaffen kann. Die stärkere Heranziehung der Älteren für das Gemeinwesen ist auch fair, weil eben diese Generationen sowohl zum künftig dramatischen Bevölkerungsrückgang als auch zu den weiter wachsenden Spannungen in unserer Einwanderergesellschaft ursächlich beigetragen haben. Zweierlei ist erforderlich:
  - Erstens muss es zu einer Verlängerung der durchschnittlichen Lebensarbeitszeit kommen.
  - Zweitens wird es viel mehr und vielfältigeres Engagement älterer Bürgerinnen und Bürger im karitativen und vorpolitischen Raum brauchen, weil auf andere Weise mit den demographischen Übergangsproblemen im Sozialbereich gewiss nicht zurechtzukommen sein wird. Hierfür müssen auch die entsprechenden Vereine / Stiftungen / Sozialeinrichtungen ihre Arbeitsschemata flexibilisieren.
  - Und damit beides den Älteren nicht wie aufgezwungen erscheint, sondern sie ihre veränderte zivilgesellschaftliche Rolle nicht nur als notwendig, sondern auch als eine Chance erkennen: Dafür muss politisch, massenmedial und durch Bildungsanstrengungen geworben werden.

- Und weil es alsbald sehr viele Ältere mit guter Bildung und Gesundheit, mit ansehnlicher Lebensleistung sowie entsprechender Kompetenz und obendrein mit viel Zeit geben wird, dürften auch die politischen Partizipationswünsche dieser Altersgruppe steigen – zumal wenn es um den Rück- und Umbau von lokaler / regionaler Infrastruktur geht. ***Auch um alledem gerecht zu werden und dieses Potential auch zu nutzen, wird ein Ausbau bürgergesellschaftlicher Beteiligungsmöglichkeiten, bis hin zu mehr Instrumenten sachunmittelbarer Demokratie, empfehlenswert sein.***
- *Es muss begreiflich gemacht werden, dass Deutschland Zuwanderung braucht – aber eben nicht aus humanitären Gründen „von oben herab gewährte“ Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme, sondern eine Zuwanderung im eigenen Interesse Deutschlands sowie nach eigenen Spielregeln, und somit eine, die zur Integration führt.* Neben der Abschaffung protektionistischer Schikanen (Arbeitsverbote oder Mindestgehälter für Zuwanderer, Ausreisegebote für ausländische Absolventen deutscher Universitäten usw.) sind die wesentlichen Veränderungen *politisch-kultureller Art*. Also lassen sie sich nicht durch einmalige Aktionen, sondern nur durch beharrliche politische Führung samt massenmedialer Flankierung herbeiführen:
  - Überwindung der Vorstellung, an Deutschland könne man nur seine sozialen Sicherungssysteme sowie seine Verfassung mögen – wofür beides man eben die deutsche Sprache widerwillig in Kauf nehme. Sondern Wiederherstellung der vor-hitlerzeitlichen Vorstellung: Deutschland hat eine wundervolle Kultur, an welcher Anteil zu haben einen Menschen bereichert; folglich gibt es wirklich gute Gründe, nicht nur die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, sondern gerne ein Teil der deutschen Kulturnation zu werden; und es ist wundervoll, wenn möglichst viele Leistungsträger gerne Deutsche werden möchten.
  - Die deutschen Katastrophen und Verbrechen des 20. Jh. müssen entschlossen *historisiert* werden. Mit dem Deutschsein darf fortan nur noch eine Verantwortung für die *Erinnerung* an diese Verbrechen sowie für das Ziehen konstruktiver *Lehren* aus jener Geschichte verbunden sein; zu vermeiden sind hingegen (1) der bislang noch auf jede Generation weitergereichte überpersönliche, da nationale, Schuldkomplex sowie (2) der deutsche Sünden- und Reuestolz. Den Schuldkomplex kann man türkischen oder vietnamesischen Deutschen gewiss nicht zumuten, Lehren aus dieser

Geschichte sowie die nationale Aufgabe des Erinnerns aber gewiss. Im Übrigen wäre es ganz fatal und nachgerade rassistisch, irgendwann zwischen „bloß naturalisierten Deutschen“ (also den türkischen und vietnamesischen Deutschen) und jenen gleichsam „echten Deutschen“, welche die unmittelbaren „Nachkömmlinge des Tätervolks“ wären.

- *Obendrein muss vor Augen geführt werden, dass ein Bevölkerungsrückgang auch Chancen eröffnet, die sich nutzen lassen:*
  - Rückbau des hypertrophen Bevölkerungswachstums und der ihm folgenden Urbanisierung und Zersiedelung immer größerer Landstriche; statt dessen:
    - Erfreuliche Wiedergewinnung von Naturräumen durch Rückbau von Zersiedelung, weswegen eben nicht nur Verluste zu empfinden sind, wenn Wohnblocks abgerissen und Fabrikgelände renaturiert werden
    - Wiedergewinnung europäisch-städtischer Lebensqualität durch Rückbau großstädtischer Massenmenschhaltung an den Stadträndern
  - Chancen für eine viel aktivere Zivilgesellschaft, wenn viele noch rüstige Alte sich im vorpolitischen Raum, im sozialen und kulturellen Leben dort engagieren, wo der Staat sich inzwischen hat zurückziehen müssen: Rückbau jenes hypertrophen Staates auf ein nachhaltig bestandsfähiges Normalmaß, der zusammen mit der Bevölkerungsexplosion und der Wohlstandssteigerung zwischen der Mitte des 19. und des 20. Jh. entstanden ist.
  - neue Wertschätzung des Einzelnen, und zwar gerade auch des ungeborenen Menschen, der bislang in Deutschland so oft unerwünscht ist und faktisch zu Hunderttausenden abgetrieben wird. Schätzt man die abgetriebenen Kinder schon nicht als Menschen mit eigenem Lebensrecht, dann wird man immerhin erkennen, dass sie eine allzu knappe Ressource in einer Gemeinschaft sind, wo demnächst wirklich alle einander brauchen.

## X.

Das alles sind weder billige noch leicht zu schaffende Lösungen unseres Demographieproblems. Für solche ist das Problem auch zu groß. Es wird sich aber gewiss nicht lösen lassen, wenn man die hier anstehenden Entscheidungen allein von der Tagespolitik oder den Zufällen zeitweise bestehender politischer Großwetterlagen abhängig macht. Rein

taktischer Umgang mit der Demographieproblematik wird ebenso wie blankes Treibenlassen die Entfremdungserfahrungen zwischen politischer Klasse und einer Bevölkerung, die sich von dieser im Stich gelassen empfindet, nur verstärken – und das wirkt sich dauerhaft schlecht für demokratische Legitimität aus.

Es gibt aber berechtigte Gründe zur Zuversicht, dass eine pluralistisch sich regierende Gesellschaft das Problem auch in den Griff bekommen wird – zumal wenn ihre Mitglieder anfangen, sich, ihre Kultur und ihre „res publica“ wieder zu mögen und das einander auch zu zeigen. Die beste Brücke zwischen „Demokratie“ und „Demographie“ scheint also ein Patriotismus zu bauen, der sich nicht auf Verfassung und Umgangssprache beschränkt, sondern auch Kultur und Geschichte einbezieht. Schließlich kann sich ein demokratisches Deutschland wirklich *mehr* Deutsche leisten als Hitlers Deutschland – und zwar ganz ohne seinen Nachbarn bedrohlich erscheinen zu müssen!